



Deutscher Verein
für öffentliche
und private Fürsorge e.V.

aktuell

15. September 2014

Pressemitteilung

Gemeinsam für Menschen mit Demenz

Berlin – Anlässlich der Unterzeichnung der Agenda „Gemeinsam für Menschen mit Demenz“ unterstreicht der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., dass die Anliegen und Bedürfnisse von Menschen mit Demenz in der Gesellschaft stärker berücksichtigt werden müssen.

„Wir brauchen realistische Bilder von Menschen mit Demenz, in denen auch die vorhandenen Potenziale deutlich werden“, sagt Wilhelm Schmidt, Präsident des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. und Mitglied der Arbeitsgruppe der Demografiestrategie der Bundesregierung ‚Allianz für Menschen mit Demenz‘. Die Erarbeitung dieser Agenda durch die Arbeitsgruppe habe alle beteiligten Partner für die Belange von Menschen mit Demenz stärker sensibilisiert und praktische Schritte zur Verbesserung ihrer Lebenssituation auf den Weg gebracht, so Schmidt weiter. Der Deutschen Verein erwarte, dass die Kooperation aller Beteiligten zur gesellschaftlichen Aktivierung für einen offeneren und angstfreien Umgang mit Menschen mit Demenz beiträgt.

Die Allianz hat im Dialog der beteiligten Partner handlungsleitende Empfehlungen für die Politik im Zusammenwirken von Bund, Ländern, kommunalen Spitzenverbänden, Wissenschaftlern und der Zivilgesellschaft erarbeitet. Die Unterzeichnung des Dokumentes erfolgte am 15. September 2014 durch die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Bundesgesundheitsministerminister Hermann Gröhe. Für den Deutschen Verein nahm sein Präsident Wilhelm Schmidt an der Unterzeichnung teil.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. ist das gemeinsame Forum von Kommunen und Wohlfahrtsorganisationen sowie ihrer Einrichtungen, der Bundesländer und von den Vertretern der Wissenschaft für alle Bereiche der sozialen Arbeit und der Sozialpolitik. Er begleitet und gestaltet durch seine Expertise und Erfahrung die Entwicklungen u.a. der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, der Sozial- und Altenhilfe, der Grundsicherungssysteme, der Pflege und Rehabilitation.